

Besserung . . . Die akademische Kommunität von CIDOC wird auf eine Teilnahme an irgendeiner Polemik verzichten . . . Ich persönlich bin sehr traurig, doch voller Hoffnung. Ich bin intellektuell und kulturell in der Kirche verwurzelt. In ihren Traditionen lebend reife ich, und ich möchte diese große Tradition integer an andere Generationen weitergeben. Das Dekret wird, wie vieles andere, unbedeutend angesichts des ungeheuren Beitrags, den die Kirche der Schönheit, der Wahrheit und dem Bewußtsein leistete und leistet. Helfen Sie mir in diesem Augenblick, Don Sergio, das Reich Gottes in dieser lokalen Kirche sichtbar zu machen“ (vgl. Cencos, 23. 1. 69).

Die anderen überlassene Verteidigung des Instituts für interkulturelle Dokumentation begann bereits einige Tage später. Auf der Jahreskonferenz des interamerikanischen katholischen Kooperationsprogramms in New York (CICOP) unterschrieben 128 der rund 700 Teilnehmer eine Solidaritätserklärung, in der es heißt, die Entscheidung des Vatikans „kommt als eine entmutigende Überraschung“.

Es gibt offenbar auch Stellungnahmen aus der lateinamerikanischen Hierarchie, die wie der Bischof von Cuernavaca selbst das römische Verbot zwar akzeptieren, aber nicht zu billigen vermögen. Der puertoricanische Bischof *J. Parilla Bonilla SJ* (Weihbischof von Caguas) erklärte dazu: „Ich habe den Verdacht, daß

Rom die erneuernde Arbeit des Instituts nicht richtig verstanden hat“ (Noticias Aliadas, 8. 2. 69). In einem gemeinsamen Schreiben an den französischen Episkopat haben sich 25 französische Geistliche, die an Kursen in Cuernavaca teilnahmen, gegen das römische Verbot ausgesprochen. Wenn auch manche Gesichtspunkte, die dort vorgetragen würden, zu wünschen übrig ließen, so möge man doch nicht meinen, daß man ihnen automatisch unterliege. Oft habe man Widerspruch zu manchen Ansichten von Dozenten angemeldet. Widersprüchliche Meinungen zur Kenntnis zu nehmen sei aber schließlich für alle, die sich mit der gegenwärtigen Entwicklung in Lateinamerika auseinandersetzen müßten, unentbehrlich. Die Unterzeichner des Briefes (vgl. „La Croix“, 10. 2. 69) bedauern vor allem, daß man den Kursteilnehmern selbst vor dem Verbotserlaß keine Gelegenheit zur Meinungsäußerung und Konsultation gegeben habe. Doch dürfte Rom noch einen weiteren Grund für das Verbot gehabt haben, der mit der Sorge um seine ideologischen Tendenzen zusammenhängt. In einem nichtkirchlichen Institut wie dem von Cuernavaca, das sich gerade mit Konfliktanalysen von Kirche und Gesellschaft befaßt, bleiben der Kirche keine rechtlichen Möglichkeiten, im Konfliktfall einzugreifen, als durch ein Verbot für katholische bzw. geistliche Teilnehmer. Das Risiko einer Verquickung kirchlicher Positionen mit den im Institut vertretenen Ansichten wollte man offensichtlich nicht auf sich nehmen.

Länderberichte

Kirche im sozialistischen Pluralismus Jugoslawiens

Als Marschall *Tito* in seiner Rede in Leskovac („Borba“, 21. 10. 68) vor dem Hintergrund der heftigen sowjetischen Presseangriffe gegen Jugoslawien sagte, noch nie in den vergangenen Jahren sei im Lande eine solche Einigkeit zum Ausdruck gekommen, hatte er das eigentliche Problem dieses Vielvölkerstaates zwischen Donau und Adria ausgesprochen; das der Einheit verschiedener durch Geschichte und Religionszugehörigkeit in Feindseligkeiten und Rivalitäten verstrickter Völkerschaften. Stand und steht doch auch heute noch im Kern der jugoslawischen Staatsgeschichte das Nationalitätenproblem mit seinen verschiedenen Ausläufern in Politik, Wirtschaft, Kultur und Religion, das von der je eigenen Geschichte dieser Völkerschaften noch einmal seinen ganz spezifischen Akzent erhält.

Der kulturhistorische Hintergrund

Die 1966 auf 19,741 Millionen Einwohner geschätzte Bevölkerung des Landes verteilt sich auf einer Fläche von 255 804 qkm auf die Teilrepubliken Serbien, Kroatien, Slowenien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro und Mazedonien wie die autonomen Regionen Wojwodina im Norden und Kosovo-Metohija im Süden von Serbien. Den größten Anteil der Bevölkerung stellen die Serben mit 41,7%, gefolgt von den Kroaten mit 23,5%, Slowenen mit 8,8%, Mazedoniern 7%, Madjaren 3%, Montenegrinern 2,7% sowie rumänischen, bulgarischen, slowakischen, italienischen, albanischen, türkischen und deutschen Minderheiten, zusammen rund 18%.

War und ist der Norden des Landes, Slowenien und Kroatien, dem mitteleuropäischen Kulturkreis zugeordnet (Slowenien gehörte über tausend Jahre zum österreichischen Staatsverband), so war der Süden, Serbien, Montenegro und Mazedonien, vornehmlich byzantinisch-orientalische Einflußsphäre, während das dalmatische Küstengebiet, vom Innern des Landes durch die dinarischen Alpen abgetrennt, jahrhundertlang nach Venedig orientiert war. Rom und Byzanz bemühten sich gleicherweise um die Missionierung des Landes, deren Sendboten wiederum zugleich Vertreter zweier Kulturkreise waren. Im Gefolge der osmanischen Expansion im 14. und 15. Jahrhundert geriet der Balkan unter türkische Herrschaft, die erst nach der zweiten Belagerung von Wien (1683) nach und nach zurückgedrängt wurde. In dieser Zeit erwies sich die serbisch-orthodoxe Kirche als einziger Hort des serbischen Volkstums, woraus sich die bis heute noch gültige Gleichsetzung Serbisch = orthodox entwickelte. Seit dem 16. Jahrhundert waren immer mehr Serben in kleinen Gruppen der türkischen Herrschaft entflohen. Daraus stammen z. T. die heutigen serbischen Minderheiten in Kroatien, Slowenien und anderen Teilrepubliken. Die serbische Unabhängigkeitsbewegung führte schließlich 1830 zur Anerkennung der serbischen Autonomie durch Konstantinopel und 1882 zur Gründung des Königreiches Serbien. Auf dieser Bewegung beruht der politische Führungsanspruch der Serben im späteren „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen“ (1918 bis 1929), das erst 1929 in Jugoslawien umbenannt wurde, sowie die bis heute wirksame Tendenz

eines großserbischen Zentralismus. Als Folgen dieser kulturgeschichtlichen Entwicklung sind bis heute geblieben: drei verschiedene untereinander rivalisierende Religionsgemeinschaften (Katholiken, Orthodoxe, Mohamedaner), ein von Norden nach Süden stark abfallendes Kultur- wie auch Wirtschaftsgefälle (z. B. 1,8% Analphabeten in Slowenien stehen rund 20% in Serbien und etwa 33% in Bosnien und der Herzegowina gegenüber), drei heute gleichberechtigte, staatlich anerkannte Sprachen: Slowenisch mit lateinischer Schrift (rund 9% der Gesamtbevölkerung), Mazedonisch mit kyrillischen Buchstaben (rund 5% und als Schriftsprache erst nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffen) und Serbokroatisch (bzw. Kroatoserbisch) als Verkehrssprache, wobei die Serben kyrillisch, die Kroaten lateinisch schreiben.

Zum Weiterschwelen des serbisch-kroatischen Gegensatzes hat in jüngster Vergangenheit auch die antiserbische Politik des nach dem Einmarsch der deutschen Truppen geschaffenen „Unabhängigen Staates Kroatien“, des sog. Pavelić-Regimes, an der Seite der Deutschen beigetragen, das mit aktiver Unterstützung der faschistischen kroatischen Ustascha-Partei und nicht ohne Zutun katholischer Geistlicher und Bischöfe den serbisch-orthodoxen Bevölkerungsteil zwangskatholisierte und sogar blutig verfolgte. Viele Serben schlossen sich damals den Partisanen Titos an. Nach dem Sturz des Pavelić-Regimes richtete sich der Haß der bis dahin verfolgten Serben unterschiedslos gegen die gesamte katholische Geistlichkeit. Die nach der Befreiung einsetzende Kirchenverfolgung ist daher nicht ausschließlich als Folge des kommunistischen Atheismus der Tito-Partisanen zu sehen, sondern auch als historisch bedingte Abrechnung aufzufassen, in der das nationale Element eine nicht unerhebliche Rolle spielte.

Auf dem Weg zu einem sozialistischen Pluralismus?

Als Tito am 29. November 1945 die „Föderative Volksrepublik Jugoslawien“ ausrief, schien es, als habe der gemeinsame Kampf gegen die deutsche Besatzung und deren Kollaborateure Serben, Kroaten, Mazedonier und Slowenen ihre historisch bedingten Rivalitäten vergessen lassen. Verstanden sich doch die Partisanen in ihrem Kampf gegen die Besatzungsmacht zugleich als Träger einer gesamtjugoslawischen Staatsidee. Dementsprechend lag die einzige Möglichkeit, das Land nach dem Zweiten Weltkrieg neu zu organisieren und es nicht auseinanderfallen zu lassen, im Föderalismus der sechs autonomen Teilrepubliken, wenn auch die Verfassung den gesamtstaatlichen Organen eine starke Stellung gab. Auch blieb der verfassungsmäßig garantierte Föderalismus anfangs mehr oder weniger formal. Ein erster größerer Kurswechsel trat erst nach dem Ausschluß Jugoslawiens aus dem Kominform 1948 ein. Mit der daraufhin einsetzenden allmählichen Öffnung zu nichtkommunistischen Staatengruppen, der Tendenz zur stärkeren Dezentralisierung und Rationalisierung des Staatsapparates, der 1950 eingeführten Arbeiterselbstverwaltung, der Entkollektivisierung der Agrarbetriebe und der stufenweisen Reprivatisierung des Handwerks gewannen die einzelnen Teilrepubliken immer mehr an Eigengewicht. In Partei, Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Kultur wurde das nationale Element wieder zunehmend zum Motor einer Entwicklung auf einen „sozialistischen Pluralismus“ in Staat und Gesellschaft hin, ein Begriff, den der mazedonische Parteisekretär *K. Crvenkovski* 1966 in die

Debatte warf, der aber auf den Widerstand konservativer Parteikreise stieß.

Im innerparteilichen Bereich zeigt sich diese Entwicklung in der Diskussion um die Modifizierung des leninistischen Prinzips des „demokratischen Zentralismus“ (der ein Ende der Debatte nach Mehrheitsbeschluß und dessen uneingeschränkte und widerspruchslöse Ausführung vorsieht) durch das Prinzip der innerparteilichen „loyalen Opposition“ (vertreten durch Intellektuelle außerhalb der Partei wie vor allem vom mazedonischen Parteivorsitzenden *K. Crvenkovski*). Danach könne gegen einen Mehrheitsbeschluß, der für falsch gehalten wird, auch nach dessen Verabschiedung mit Argumenten angegangen werden, und zwar sowohl durch Niederlegung eines Amtes in der Parteiexecutive wie durch Verbündung mit Gleichgesinnten. *Tito* hatte zwar mit seiner Rede in Peć (März 1967) dieser Entwicklung Einhalt geboten, doch erscheint es fraglich, ob der innerparteiliche Pluralismus aufzuhalten sein wird. Dies zeigen die heftigen Angriffe gegen die Nationalitätenpolitik der Partei auf einer Sitzung des serbischen ZK im Mai 1968, in denen diese als überholt kritisiert wurde. Mit dem Argument, die Umstände hätten sich geändert, kann also ein Mehrheitsbeschluß immer angefochten werden, andernfalls wäre ja die Partei unfähig, auf die gesellschaftliche Entwicklung zu reagieren (vgl. *J. G. Reißmüller*, Wie kommunistisch ist Jugoslawien?, „Europa-Archiv“, 10.10.68, S. 701 ff.). Das Neue an dieser Kritik aber war, daß sie öffentlich vor dem ZK ausgesprochen wurde und daß der serbische Parlamentspräsident *Minc*, Mitglied des gesamtjugoslawischen Parteipräsidiums, sich gegen parteidisziplinarische Bestrafung und für freie Meinungsäußerung im ZK aussprach. Wird nicht anderen Parteigremien billig sein, was dem ZK recht war? Und wird sich die Redefreiheit auf die Partei begrenzen lassen? Daß die Diskussion weitergeht, wird aus der Tatsache ersichtlich, daß *K. Crvenkovski* auf dem mazedonischen Parteitag im November 1968 in vorsichtigen Formulierungen erneut für die innerparteiliche Demokratisierung eintrat (vgl. zur Parteireform „Praxis“, 1967, Nr. 2).

Ethnisch bedingter politischer Sprengstoff liegt auch in der Sprachenfrage. Wie explosiv diese Frage ist, zeigt eine von 19 kroatischen Kulturinstituten unterzeichnete „Deklaration“, welche die offizielle Anerkennung des Kroatischen als eigene Sprache mit gleichem Status wie das Serbische forderte. Der Schriftleiter der Literaturzeitschrift „Telegram“, in der die Deklaration veröffentlicht wurde, der auch Mitglied des kroatischen ZK war, verlor daraufhin seinen Posten. Als Reaktion antworteten 45 Mitglieder des serbischen Schriftstellerverbandes: Würde diese Forderung angenommen, so müßten die in Kroatien lebenden Serben auch in kyrillischer und nicht in lateinischer Schrift unterrichtet werden. *Tito* bezeichnete daraufhin in einer Erklärung die Deklaration als einen politischen „Dolchstoß in den Rücken“, kritisierte aber ebenso den serbischen Partikularismus. Immerhin kann als — wenn auch dürftiges — Fazit festgehalten werden, daß die jugoslawische Bundesregierung Schritte beschlossen hat, welche dem Prinzip der Gleichberechtigung der Sprachen und Alphabete in den Bundesorganen größere Geltung verschaffen sollen. Auch dieser Sprachenstreit zeigt, wie wenig tief der von *Tito* angestrebte „Jugoslawismus“ noch verwurzelt ist (vgl. *A. Z. Rubinstein*, Reforms, Nonalignment and Pluralism, „Problems of Communism“, März/April 1968, S. 39 ff.).

In die gleiche Richtung zielen die bei den letzten Demon-

strationen im Kosmet (autonomes Gebiet mit albanischer Mehrheit) im November 1968 erhobenen Forderungen nach Gleichberechtigung der albanischen Sprache durch Verwirklichung der verfassungsmäßig vorgesehenen zweisprachigen Verwaltung und Einführung von albanischer Sprache und Geschichte als Pflichtfächern in den Schulen. Die als Folge der Demonstrationen gewährte Aufwertung des Status des Kosmet durch eigene Steuergesetzgebung, Organisationsgewalt, einen obersten Gerichtshof und ein eigenes Verfassungsgericht sowie durch direkte Entscheidung von Vertretern in die Nationalitätenkammer des Bundesparlaments läßt jedoch die wegen der Nachbarschaft Albaniens nicht ungefährliche Grundforderung nach Umgestaltung der autonomen Provinz in eine selbständige Teilrepublik des Kosovo vorerst noch unberücksichtigt. Der Tendenz nach einer pluralistischen Staats- und Gesellschaftsordnung trägt auch die im Dezember 1968 verabschiedete Verfassungsreform Rechnung, in der z. B. die Legislative der Teilrepubliken zu Lasten des Bundes erweitert wurde.

Starke Impulse zu einer intensiveren Pluralisierung von Staat und Gesellschaft gehen auch von den ökonomischen Interessen der einzelnen Teilrepubliken aus. Die 1965 eingeführte Wirtschaftsreform, die einerseits durch weitere Dezentralisierung der Wirtschaftsentscheidungen von der Spitze in die Betriebe den wirtschaftlichen Pluralismus förderte, in der Intention aber durch ungehinderten Kapitalverkehr unter den Republiken und die freie Wahl des Arbeitsplatzes gleichzeitig auf Integration abzielte, wird durch den Wirtschaftspartikularismus vor allem der nördlichen Republiken in ihrer Wirkung geschwächt. Pluralistische Tendenzen gehen ferner von den in Wirtschafts- und Sozial-, Nationalitäten- und Kirchenpolitik immer notwendiger werdenden Sachentscheidungen aus.

Auswirkungen auf die Religionsgemeinschaften

Daß dieser Trend zu einer pluralistischen Staats- und Gesellschaftsordnung sich auch auf die Stellung der Religionsgemeinschaften innerhalb des Landes und gegenüber dem Staat auswirkt, ist selbstverständlich. Die drei großen Religionsgemeinschaften, die serbisch-orthodoxen Christen, die Katholiken und die Moslems, sind in ihrer geographischen Verbreitung im wesentlichen das Ergebnis der Zugehörigkeit der einzelnen Landesteile zu geschichtlich geformten Herrschaftsgebieten. So ist der mehrheitlich katholische Norden (Slowenien, Kroatien) dem mittel- und südeuropäischen Raum (Österreich-Ungarn) und damit dem römisch-katholischen Christentum (mit kleinen protestantischen Minderheiten) zugeordnet. Das lange Zeit im italienischen Einflußbereich liegende dalmatische Küstengebiet ist ebenfalls mehrheitlich katholisch. Der Osten und Süden des Landes, mit Ausnahme des Kosmet (Südserbien), wird überwiegend von orthodoxen Christen bewohnt. Der Islam ist als Erbe der osmanischen Herrschaft vor allem in der autonomen Region des Kosmet sowie in Südmazedonien vertreten. Konfessionell stark gemischt ist die Bevölkerung im zentralen Bosnien und in der Herzegowina, wobei Bosnien bei einer orthodoxen Mehrheit einen stark islamischen und nur geringeren katholischen Anteil aufweist, während in der Herzegowina Katholiken und Muslimen gegenüber den Orthodoxen in der Mehrheit sind. Dieses Verhältnis dürfte sich jedoch — auf lange Sicht — durch die mit der Industrialisierung verbundene Binnenwanderung noch stärker verschieben.

Statistisch gliedern sich die drei großen Religionsgemeinschaften in 41,5% serbisch-orthodoxe Christen (1953), 31,8% römische Katholiken (1956, ihr Anteil ist seit 1921 zurückgegangen) und 12,3% Mohammedaner. Hinzu kommen als religiöse Minderheiten rund 0,9% Protestanten, 0,04% Juden und 12,3% Religionslose (vgl. Munzinger Archiv, Internationales Handbuch, Jugoslawien, 9. 3. 68).

Die Periode der gewaltsamen Unterdrückung und Entrechtung aller Religionsgemeinschaften nach 1945 ist längst vorbei. Schon seit 1950/51 trat — im Rahmen des politischen Kurswechsels (Bruch mit dem Kominform) — im Verhältnis der Religionsgemeinschaften zum Staat eine gewisse Entspannung ein. 1953 kam es zur Fixierung des Rechtsstatus der Religionsgemeinschaften (am 27. 5. 53 promulgiert). Dieses Gesetz proklamierte — wie in allen sozialistischen Staaten — die Trennung der Kirche vom Staat und der Schule von der Kirche und stellte alle Religionsgemeinschaften rechtlich gleich: in der Gewissens- und Bekenntnisfreiheit, in der Freiheit, Publikationen herauszugeben und Mittel- und Hochschulen (für theologische Ausbildung) zu gründen und zu verwalten sowie Religionsunterricht in kircheneigenen Räumen abzuhalten.

Etappen der kirchlichen Entwicklung

In diesem völkischen und konfessionellen Gesamtrahmen ist die Stellung der katholischen Kirche heute im wesentlichen durch zwei Faktoren bedingt: 1. durch die Tatsache, daß sie nur eine dieser drei großen Religionsgemeinschaften darstellt, deren gegenseitiges Verhältnis von einer leidvollen geschichtlichen Hypothek belastet ist, in der Religion und Religiosität immer auch mit dem Nationalbewußtsein der Teilmölder verquickt war; 2. durch die allgemeine nachkonziliare religiöse wie institutionelle Umbruchsituation (Öffnung zur Gesellschaft und zu den anderen Religionen), wovon notwendig auch ihr Verhältnis zum Staat und den anderen Religionsgemeinschaften mitbetroffen wird.

Besonders einschneidende Etappen in der Nachkriegsentwicklung der katholischen Kirche Jugoslawiens waren: die Ernennung des 1946 inhaftierten Erzbischofs Stepinac zum Kardinal (1952), Abbruch der diplomatischen Beziehungen Belgrad — Vatikan als Folge davon, 1960 Eingabe eines von Erzbischof F. Šeper unterzeichneten „Memorandums“ der jugoslawischen Bischöfe an die Bundesregierung, um die Bedingungen einer Normalisierung des Verhältnisses zwischen Kirche und Regime klarzustellen; Belgrad erklärt sich zu Verhandlungen bereit; daraufhin merklichere Entspannung im Verhältnis Kirche — Staat; Verlesung eines gemeinsamen Schreibens der jugoslawischen Bischöfe an die Gläubigen in allen Kirchen des Landes (am 12. 9. 65; „Glas Koncila“, 5. 9. 65), in dem sie die religiöse Erziehung der Jugend, den Schutz des ungeborenen Lebens in der Familie und — unter Berufung auf Artikel 6 der Bundesverfassung — die Freiheit der Religionsausübung ohne Furcht und Angst forderten, seit 1964 Wiederanknüpfung von Kontakten, die am 24. Juli 1966 zum Abschluß des Protokolls und zum Austausch quasidiplomatischer Vertreter zwischen Belgrad und dem Vatikan führten (vgl. Herder-Korrespondenz 20. Jhg., S. 412 ff.). Diese Neuaufnahme der Beziehungen ist, wie „Kommunist“ (30. 7. 66) schrieb, wesentlich auch durch die Neuorientierung der Kirche auf dem Zweiten Vatikanum (vor allem gegenüber Atheismus und Sozialismus)

ermöglicht worden. Auch das Wort des jugoslawischen Ministerpräsidenten *M. Spiljak* (bei seinem Besuch im Vatikan) vom „guten Gläubigen“, der gleichzeitig ein „guter Staatsbürger“ sein könne („Osservatore Romano“, 11. 1. 68), deutet einen Wandel auf Regierungsseite an, der freilich weitgehend auch vom wohlverstandenen Staatsinteresse mitbestimmt ist (vgl. Herder-Korrespondenz 22. Jhg., S. 66 f.). So läßt sich schon seit einigen Jahren im gegenseitigen Verhältnis von Kirche und Regierung in Jugoslawien — bei gleichzeitigem Weiterbestehen latenter Konfliktsituationen — eine wachsende Liberalisierung beobachten.

Wachsende Aktivität der Kirchen

Mit ihr geht parallel eine zunehmende Aktivität der Kirche in der Publizistik, der Jugendarbeit, im Neubau von Kirchen und Priesterseminaren, in ökumenischen Kontakten mit der serbisch-orthodoxen Kirche. So hat z. B. die 1962 gegründete Zweiwochenschrift „Glas Koncila“ mit einer Auflagenhöhe von heute rund 250 000 das parteiamtliche Organ „Borba“ mit knapp 200 000 Exemplaren bereits überrundet. Auch die Themenbreite dieser kirchlichen Zeitschrift reicht von Berichten über die Lage der Kirche in anderen sozialistischen Ländern bis zum Interview mit einem der führenden Ideologen der Kommunistischen Partei Kroatiens, *Z. Frid* („Glas Koncila“, 19. 11. und 3. 12. 67). Mit ihrer Forderung, die Kirche bzw. katholische Journalisten auch in Rundfunk- und Fernsehsendungen zu Wort kommen zu lassen und religiöse Zeitschriften auch an öffentlichen Kiosken anbieten zu dürfen, stieß sie freilich auf den Widerstand konservativer Parteikreise, die hierin eine Grenzüberschreitung in die Politik hinein sahen. Seit 1965 gibt es eine Kinder- und Jugendausgabe von „Glas Koncila“, „Mali Koncil“ („Kleines Konzil“). Seit Juli 1966 veröffentlicht „Glas Koncila“ eine monatliche ökumenische Beilage „Poslušni Duhu“ („dem Geist gehorsam“), die die Priester auf den ökumenischen Dialog vorbereiten und dem besseren Verständnis der religiösen Probleme der verschiedenen Religionsgemeinschaften dienen soll. Im slowenischen Sprachbereich wird von den slowenischen Bischöfen die Zweiwochenschrift „Druzina“ („Familie“, 105 000 Exemplare) als bedeutendstes kirchliches Organ herausgegeben. Für die serbische Diaspora erscheint die vom Belgrader Erzbischof herausgegebene Monatsschrift „Blagovest“. Eine eigene Jugendschrift „Ognjišće“ bringt die Apostolische Administration in Koper (Auflage 25 000) heraus. „Crkva u svijetu“ („Kirche in der Welt“), eine Zwei-monatsschrift für Religion und Kultur, seit 1966 von den Bistümern Dubrovnik, Hvar, Kotor, Split und Šibenik gemeinsam veröffentlicht, richtet sich an den Klerus und an katholische Intellektuelle. Eine Aufgabe wird es freilich noch bleiben, den Anteil der Laien an dieser Pressearbeit — unter Umgehung staatlicher Einschaltungsversuche — in geeigneter Weise sicherzustellen.

Die wachsende kirchliche Pressearbeit und das Engagement unter der Jugend (katholische Jugendorganisationen bleiben verboten) bereitet konservativen Parteikreisen zunehmend Sorgen. So mehrten sich im vergangenen Jahr die Forderungen dieser Kreise nach einer Beschneidung dieser Aktivität (so z. B. der Exekutivauschuß des Sozialistischen Bundes der Werktätigen Sloweniens und das Plenum des Bundes der Kommunisten Bosniens und der Herzegowina, Mai 1968; vgl. auch „Naše Teme“, Juli/August 68), die bereits die moham-

edanische und orthodoxe Geistlichkeit anstecke. Diese Angriffe wurden vom Vorsitzenden der jugoslawischen Bischofskonferenz, Erzbischof *J. Pogačnik*, in dieser Eigenschaft Nachfolger des Kardinals Šeper, als unberechtigt zurückgewiesen. Die Belgrader „Politika“ (1. 4. 68) führte den Erfolg der kirchlichen Jugendarbeit auf das Versagen der staatlichen politischen und gesellschaftlichen Organisationen zurück, und die parteiamtliche „Borba“ stellte eine Leserschrift groß heraus, in der diese Aktivität als verständlich und normal und für die sozialistische Gesellschaftsordnung als ungefährlich bezeichnet wird. Dennoch sind auch der kirchlichen Pressearbeit durch die offizielle jugoslawische Innen- und Außenpolitik Grenzen gezogen, die sie, wie sich gezeigt hat, nicht ohne Gefahr überschreiten darf.

Als eine solche Grenzüberschreitung, wenn auch nicht auf dem Gebiet der Publizistik, wurde z. B. die von Erzbischof *J. Pogačnik* unterzeichnete Petition der jugoslawischen Bischöfe an das Bundsparlament angesehen, die Schwangerschaftsunterbrechung völlig zu verbieten oder es den im Staatsdienst stehenden katholischen Ärzten und dem Pflegepersonal zu gestatten, ihre Durchführung aus Gewissensgründen abzulehnen. Nach Angaben der Zagreber Zeitung „Vjesnik“ (9. 11. 68) soll der Gesetzesentwurf über die Schwangerschaftsunterbrechung, der nun vom Bundesausschuß für Volksgesundheit und Sozialwesen beraten und gebilligt wurde, immerhin alle Gesundheitsinstitutionen des Landes verpflichten, die Frauen und deren Ehegatten vor einem Eingriff über die medizinischen Folgen der Abtreibung genau zu informieren.

Die Situation des Klerus

In den vergangenen Jahren ist eine deutliche Zunahme des Priesternachwuchses festzustellen. Das Annuario Pontificio von 1967 gibt für die Erzdiözese Zagreb folgende Zahlen: Priester 730; Seminaristen 120; Neupriester 8 (alle Zahlen bezogen auf das Jahr 1966). Die Vergleichszahlen für 1967 (Annuario Pontificio 1968) sind: Priester 744; Seminaristen 160; Neupriester 11. Dennoch sei diese Anzahl relativ gesehen sehr niedrig, wie Kardinal *F. Šeper* in einem KNA-Interview (12. 9. 67) erklärte. Doch habe diese Situation in Kroatien bereits vor dem Zweiten Weltkrieg bestanden. Größer ist dagegen der Andrang zum Theologiestudium in Slowenien, wo das Laibacher Seminar zu klein wurde, so daß der Bischof von Marburg, *M. Drzecnik*, in seiner Diözese ein eigenes Seminar wiedergründete, das Weihnachten 1968 eingeweiht wurde. Das gleiche Annuario Pontificio (1967 bzw. 1968) gibt für Laibach folgende Vergleichszahlen: Priester 423 (1966), 427 (1967); Seminaristen 101 (1966), 121 (1967); Neupriester je 13 (1966 und 1967). Setzt man diese Zahlen für den Priesternachwuchs in beiden Diözesen zur Zahl der Katholiken — Zagreb 1,9 Millionen, Laibach 604 227 (1967) — in Beziehung, so wird ohne weiteres der größere Andrang in Slowenien ersichtlich: Ein ähnliches Ansteigen der Zahl der Theologiestudenten wird von der dalmatischen Diözese Split berichtet.

Eine Umfrage über den Einfluß des Klerus im allgemeinen, vom statistischen Amt in Belgrad durchgeführt, ergab gebietsmäßig unterschiedliche Resultate. Ein Ansteigen dieses Einflusses zeigte sich — nach der Volksmeinung — in Slowenien (41%), in Kosovo (etwa 41%) und in Kroatien (31%). Ein Absinken des kirch-

lichen Einflusses wollen die Befragten dagegen in Südserbien (45 %) und in der autonomen Region der Wojwodina (35 %) festgestellt haben. Die meisten Jugendlichen (51 %) gaben ebenfalls ein Absinken an („Centro Studi Europa Orientale“, 18. 1. 69). Die regimetreue Freundschaften sog. Priestervereinigungen (z. B. die „Cyrill-Method-Gesellschaft“ katholischer Priester der Republik Slowenien sowie die Parallelorganisationen in den anderen Teilrepubliken) verfügen heute über keinen nennenswerten Einfluß. Sie sind zahlenmäßig unbedeutend und überaltert, wurden anfangs vom Episkopat abgelehnt und sind heute mehr oder weniger geduldet (Illyricus, Kirchenkampf und Priestervereine, „Wort und Wahrheit“, Juni/Juli 1961, S. 420—436).

Eine gewisse — zunächst potentielle — „Gefahr“ für die sozialistische Gesellschaftsordnung sehen Parteifunktionäre im politischen Engagement katholischer Laien in Staat und Gesellschaft, wie es vom Konzil gefordert worden sei, und in dem die Laien nicht aufgrund irgendeines Mandats der Hierarchie, sondern aus eigenem Gewissensurteil heraus tätig werden. Dadurch würden günstige Bedingungen zur Bildung geschlossener Gruppen mit spezifischen, auch politischen Zielen geschaffen, die innerhalb wie auch außerhalb des sozialistischen Gesellschaftssystems als politische Oppositionsgruppen wirksam werden könnten. In diesem Sinne betone auch die Kirche heute immer wieder die pluralistische Struktur der modernen Gesellschaft, einschließlich der sozialistischen (vgl. „Vjesnik“, 3. 2. 68).

Zunehmende Kontakte zwischen Katholiken und Orthodoxen

Begrüßt wird dagegen von Regierung und Partei das klar verfolgte Ziel der katholischen Kirche, die jahrhundertalte durch Religions- und Nationalitätsrivalitäten bedingte Feindschaft und Spannung zwischen katholischen und serbisch-orthodoxen Christen durch Dialog und Zusammenarbeit zu überwinden und eine bleibende Versöhnung herbeizuführen. Dabei mag freilich die Regierung in erster Linie die gesellschaftspolitische Bedeutung einer Aussöhnung im Auge haben. Andererseits wird auch nicht die Gefahr einer gemeinsamen ökumenischen Frontbildung gegenüber Atheismus und Sozialismus übersehen. Die serbisch-orthodoxe Kirche, die sich 1920 durch Zusammenschluß von sieben teils völlig unabhängigen, teils abhängigen Gebietskirchen (innerhalb wie außerhalb des Landes) konstituierte, mußte während des Zweiten Weltkrieges Abspaltungen und die Zwangseingliederung orthodoxer Serben Kroatiens in die katholische Kirche hinnehmen. Diese selbst war verbunden mit widerrechtlichen Konfiskationen, gewaltsamer Unterdrückung und Repressionen gegen die minderheitliche serbisch-orthodoxe Bevölkerung (Zerstörung von Kirchen, Niedermetzlung einer halben bis dreiviertel Million islamischer und orthodoxer Serben, darunter Frauen, Kinder und Greise, Mißhandlungen und Folterungen im Massaker von Glina). Die aktive Beteiligung von Katholiken, auch Priestern und Bischöfen, an diesen Vorgängen hat das gegenseitige Verhältnis beider Religionen nachhaltig belastet. Nach dem Zweiten Weltkrieg mußte sich die serbisch-orthodoxe Kirche erneut organisieren und spalterische Tendenzen (z. B. von seiten der mazedonischen Kirche) abwehren. Zugleich war sie der Unterdrückung durch das kommunistische Regime ausgesetzt (z. B. Verurteilung des Bischofs *Barnabas* von Sarajewo zu 11 Jah-

ren Zwangsarbeit, 1948, sowie des Metropoliten *Arsenius* von Montenegro zu 11 Jahren Gefängnis, 1954). Im allgemeinen ließ diese seit 1950 nach. Der im gleichen Jahr trotz Widerstandes der Bischöfe gewählte Patriarch *Vinzenc* suchte den „Ausgleich“ mit dem Regime. Zwar ging die Neubesetzung der Bistümer rasch vonstatten, doch fehlte es an Priestern zur Besetzung vakanter Pfarrstellen. Die kirchliche Presse und religiöse Vereinigungen, von früher gewohnt, die öffentliche Meinung mitzubestimmen und in politische, parteiliche und die Nationalitäten berührende Auseinandersetzungen einzugreifen, wurde durch das neue Religionsgesetz auf den innerkirchlichen Bereich verwiesen. Darin jedoch war sie frei in der Gestaltung des Gottesdienstes, dem Aufbau der Schulen und der Priesterausbildung. (Es bestehen zwei Theologieschulen, eine im Kloster Rakovica, die zweite in Prizren, sowie eine Theologische Fakultät an der Universität Belgrad, die 1952 von ihr getrennt wurde.) In ihrem Verhältnis zum kommunistischen Regime denkt die serbische Orthodoxie national und loyal (*F. Popan / Č. Drašković*, Orthodoxie heute in Rumänien und Jugoslawien, Herder Wien 1960, S. 137 ff.). Dennoch bleiben Reibungsflächen bestehen. Patriarch *German* von Belgrad hat diese in einem Interview mit der Kirchenzeitung „Pravoslavlje“, dem Organ der Belgrad unterstehenden amerikanisch-kanadischen Eparchie (Mai 1968) ausgesprochen: z. B. Behinderung des Religionsunterrichtes durch Druck auf Eltern und Kinder, soziale Benachteiligung orthodoxer Theologiestudenten (kein Aufschub des Wehrdienstes, keine Kinderbeihilfen an deren Eltern). Im Streit mit der mazedonischen Orthodoxen Kirche, die sich 1967 vom Belgrader Patriarchat mit staatlicher Rückendeckung abgespalte, blieb *German* unnachgiebig: deren Anerkennung sei eine innerkirchliche Angelegenheit.

Das Verhältnis der serbisch-orthodoxen zur katholischen Kirche hat sich in den letzten Jahren im Sinne einer Klimaaufbesserung merklich aufgelockert. Die Grundlage dazu dürfte die auf dem Konzil vollzogene ökumenische Öffnung der katholischen Kirche geschaffen haben. Beigetragen dazu haben aber sicher auch die Kontakte zwischen dem Ökumenischen Patriarchen *Athenagoras*, Patriarch *German* und Papst *Paul VI.* im Herbst 1967 (vgl. Herder-Korrespondenz 21. Jhg., S. 558 ff.). Aus jüngster Vergangenheit sind nun eine Reihe von Kontakten zu verzeichnen, die als Anzeichen einer ökumenischen Annäherung und Zusammenarbeit gewertet werden dürfen, etwa der Besuch Kardinal *F. Sepers* beim Patriarchen *German* am 25. April 1968 in dessen Residenz in Sremski Karlovci sowie bei dem in Zagreb residierenden orthodoxen Metropoliten *Damaskin* im Mai des gleichen Jahres und dessen Gegenbesuch. Beide betonten dabei, daß die Zeit der Polemik und kämpferischen Auseinandersetzung überwunden sei und die Zukunft zur Zusammenarbeit führen möge. Daß aber auf diesem Weg noch viele psychologische Barrieren, vor allem nationaler Art, beseitigt werden müssen, zeigt die an beiden Besuchen geübte Kritik kirchlicher Gruppen, über die „Glas Koncila“ Anfang Juni 1968 berichtete. Beiden Kirchenführern wurde Verrat an der Treue zum serbischen bzw. kroatischen Patriotismus vorgeworfen.

Zu einem konkreten Ergebnis führten bereits die Kontakte zwischen dem Laibacher Erzbischof, *J. Pogačnik*, und dem Belgrader Patriarchen *German* im September vorigen Jahres, bei dem ein interkonfessionelles Journalistentreffen angeregt wurde, das inzwischen Anfang Dezember in Sticna in Form einer Arbeitstagung stattfand.

Dort wurde u. a. der Beschluß gefaßt, Informationen auszutauschen und die journalistische Arbeit möglichst miteinander abzustimmen. So soll z. B. von den Redaktionen der religiösen Zeitschriften gemeinsam die Beteiligung von kirchlichen Journalisten an Diskussionen über religiöse Themen im jugoslawischen Rundfunk und Fernsehen gefordert werden.

Eine gewisse Schwierigkeit für kirchliche Kontakte, in ihrer ökumenischen Arbeit nach allen Seiten offen zu bleiben, ergibt sich in Jugoslawien durch die eben erwähnte Abspaltung der mazedonisch-orthodoxen Kirche vom serbischen Patriarchat. In einem Interview des Oberhauptes der mazedonisch-orthodoxen Kirche, des Erzbischofs Dositej, mit „Glas Koncila“ (3.11.68) erklärte dieser Toleranz und gegenseitige Achtung zu Grundlagen der beiderseitigen Beziehungen. Dafür habe sich die mazedonisch-orthodoxe Kirche stets eingesetzt, deren Verhältnis zur katholischen Kirche freilich geschichtlich nicht belastet sei. Diese Ansätze zu einem Dialog und zur Zusam-

menarbeit lassen — trotz der vorerst noch dünnen tragenden Schicht — für die Zukunft eine weitere Besserung im Verhältnis der Religionsgemeinschaften in Jugoslawien erhoffen.

Auch mit der muslimischen Religionsgemeinschaft, die in der Nachkriegsperiode ebenfalls schwer bedrängt wurde (z. B. Aufhebung der religiösen Gerichtshöfe, 1947—1949 Terrorprozesse gegen islamische Notabeln) bahnen sich bereits einzelne Kontakte an: durch Austausch von Grußbotschaften anlässlich kirchlicher Festtage, durch Teilnahme katholischer wie muslimischer Geistlicher an den Einweihungszeremonien neugebauter Kirchen oder Moscheen. Auch konnte nun im katholischen Almanach für 1969 „Dobri Pastir“ der Artikel eines muslimischen Theologen, H. Dozo aus Sarajewo, nachgedruckt werden, in dem dieser den auf dem Konzil eingeleiteten Dialog zwischen den Religionen als das Ende des jahrhundertalten Antagonismus zwischen Moslems und Katholiken bezeichnete.

Was geschieht in Nordvietnam?

Wohl wird seit einigen Wochen in Paris über eine Lösung des Vietnam-Konfliktes beraten, großer Optimismus ist jedoch keineswegs angebracht. Zwar ist der bisher größte Bombenkrieg in der Geschichte durch den amerikanischen Bombardierungsstopp auf Nordvietnam vom 1. November 1968 beendet, die Folgen jedoch werden nie gutzumachen sein bzw. jahrelange Wiederaufbauanstrengungen notwendig machen. Durch den Teilbombardierungsstopp vom 31. Mai 1968 gelang es den USA, in manchen Teilen der Welt eingebüßte Sympathien wiederzuerlangen, die Nordvietnamesen zwischen dem 17. und 19. Breitengrad jedoch hatten daraufhin auf ihrem, etwa ein Viertel der Gesamtfläche Nordvietnams ausmachenden Gebiet mehr als das Doppelte der bisherigen Gesamtluftangriffe zu ertragen. Auch jetzt bleibt die Alarmbereitschaft in Nordvietnam bestehen — ebenso wie die Kampftätigkeit im Süden. Nach den Vorverhandlungen zwischen Amerikanern und Nordvietnamesen, nach dem angesichts der Leiden in Vietnam erschreckenden 77tägigen „Tischrücken“ vor Verhandlungsbeginn und nach den so wenig erfolgversprechenden ersten Zusammenkünften der vier Verhandlungspartner zeichnet sich noch keine Lösung ab, und deshalb wird das Thema Vietnam wohl noch lange im Mittelpunkt des Interesses stehen müssen. Dabei dürfte das wichtigste Anliegen sein, endlich so manches wohlgehütete Vorurteil und Klischee abzubauen — auf beiden Seiten und gegenüber beiden Seiten. Dabei kann es nicht um unreflektiertes, lautstarkes Ho-Ho-Ho-Chi-Minh-Geschrei und nicht um Verlagerung der Einseitigkeit auf die andere Seite gehen, sondern nur um ernsthaftes Bemühen, die Vorgänge, Beweggründe und Ziele der Kontrahenten zu studieren und zu prüfen. Bisher ist es leider so, daß die Gruppen — seien es nun „kritische Katholiken“ oder SDS-Anhänger —, die sich berechtigterweise gegen die bisher üblichen Schemata bei der Beurteilung des Vietnam-Krieges auflehnten, ihrerseits nur wenig zur Aufklärung der Situation in Nordvietnam beigetragen haben. Die „Demokratische Republik Vietnam“, wie sich der Norden im Gegensatz zur „Republik Vietnam“ im Süden nennt, erlebt augenblicklich eine ernsthafte Krise des Übergangs. Dabei geht es nicht nur um eine seit Jahren dauernde Auseinandersetzung über die einzuschlagende

politische Richtung zwischen Moskau und Peking, sondern auch bereits um Nachfolgefragen sowie um die Behandlung angeblich vorhandener Revisionisten, Saboteure und antisozialistischer Kräfte. Man hatte im Ausland wohl mit einer allmählichen Auflösung der alle Gegensätze überbrückenden Einheitsfront gerechnet, die sich angesichts der amerikanischen Angriffe verständlicherweise gebildet hatte, doch überrascht die so schnell wieder sichtbare Zwietracht, bei der allerdings ideologische Auseinandersetzungen im Vordergrund stehen.

Durch die am 7. Februar 1965 begonnenen regelmäßigen Bombardierungen Nordvietnams kam es zu einer Solidarisierung aller Kräfte, wobei Gegensätze, die noch wenige Jahre vorher bei der Agrarreform und der Säuberung unter den Intellektuellen offen zutage getreten waren, in den Hintergrund gerückt wurden. Die anspruchsvollen Pläne zur Erweiterung der ohnehin schon beachtlichen Industrieanlagen stellte man nach 1965 zunächst zugunsten der Entwicklung der Landwirtschaft und kleinerer Produktionsstätten für Artikel des täglichen Bedarfs zurück, das Ziel umfassender Ausbildung aller Altersstufen jedoch führte man trotz aller äußeren Hindernisse weiter durch. Der Großteil der Schulen und Universitäten und damit auch der Schüler, Studenten und Ausbilder wurde weit verstreut aufs Land verteilt. Dort wird meistens abends oder gar nachts der Unterricht — auch für Erwachsene — erteilt. Im Schuljahr 1966/67 sollen dadurch 5 600 000 (Jugendliche und Erwachsene) der ca. 16 Millionen Einwohner Nordvietnams unterrichtet worden sein. Zum gleichen Zeitpunkt sollen 450 Schulen zerstört gewesen sein. Das Schwergewicht bei der Ausbildung legt man auf die Naturwissenschaften, nachdem mit Hilfe eines großangelegten Planes das Alphabetentum bereits intensiv seit 1954 bekämpft worden war.

Auswirkungen des Bombenkrieges

Daß der Lebensstandard bei der ständigen Bedrohung nicht gestiegen, sondern gesunken ist bzw. stagniert, braucht nicht besonders betont zu werden. Dennoch scheint es bisher gelungen zu sein, die Bevölkerung mit